

# Pressemitteilung

Frankfurt/Main, den 01. März 2021



## **SCHON WIEDER und Leider Immer Noch!**

### **Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit Auskömmlich – Gleichberechtigt – JETZT!**

**Stiller Protest am Donnerstag, den 04.03.2021**

Am Donnerstag, den 04.03.2021, demonstrieren der Frankfurter Jugendring und die freien Träger offener Kinder- und Jugendeinrichtungen gemeinsam mit ihren jungen Besucher\*innen und den pädagogischen Fachkräften zum letzten Mal vor der Kommunalwahl für die auskömmliche und gleichberechtigte Finanzierung ihrer Einrichtungen. Seit Februar 2019 tun sie dies regelmäßig von 15:00 bis 16:00h, also eine Stunde vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, um auf die Unterfinanzierung dieses Arbeitsfeldes aufmerksam zu machen. Die Regierungskoalition hat es nicht geschafft, ihr Versprechen einzulösen. CDU, GRÜNE und SPD hatten im Koalitionsvertrag 2016 (S. 22f.) den „Ausbau von Jugendfreizeiteinrichtungen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ festgeschrieben und versprochen: „Wir werden im Verlaufe der Wahlperiode dafür sorgen, dass sich die Tarifierhöhungen in den Leistungen an die Träger wiederfinden. Wir werden wie bei anderen Zuschussempfängern sicherstellen, dass die vereinbarten Tariftreueverpflichtungen eingehalten [...] werden“. Passiert ist seitdem zu wenig. Die Programme der Parteien für die anstehende Wahl zur Stadtverordnetenversammlung lassen darauf schließen, dass die bereits seit Februar 2019 stattfindenden Proteste ein Bewusstsein für die Bedeutung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit geschaffen haben. Da die Ergebnisse (s.u. S. 6) der vergangenen Legislaturperiode bei weitem nicht ausreichend sind wird weiter regelmäßig für die auskömmliche und gleichberechtigte Finanzierung der offenen Kinder- und Jugendeinrichtungen in freier Trägerschaft demonstriert.

Bei ihrem Corona-konformen stillen Protest lassen 20 Vertreter\*innen stellvertretend für alle Betroffenen im gesamten Stadtgebiet bunte Banner mit den Forderungen auf dem Römerberg sprechen. Zahlreiche offene Kinder- und Jugendeinrichtungen beteiligen sich mit ihren eigenen, kreativ gestalteten Bannern auf diese Weise direkt an der Demonstration. Zeitgleich werden unter dem Hashtag #tag\_der\_geschlossenen\_tuer auf den Instagram-Seiten und Facebook-Seiten der Einrichtungen und deren Unterstützer\*innen diese Banner erscheinen. So wird die Reichweite des Protestes vervielfacht, ohne dass gesundheitliche Risiken eingegangen werden müssen.

**Es drohen Schließungen**, wenn die Stadt Frankfurt nicht für eine auskömmliche Finanzierung sorgt und damit auch die Ungleichbehandlung in der Finanzierung von Trägern und Einrichtungen beendet. Die jahrelange Deckelung dieser Zuschüsse durch die Stadt Frankfurt bei kontinuierlichen Kostensteigerungen für Personal, Liegenschaft und Sachmittel ignoriert die realen Lebens- und Arbeitsbedingungen in der wachsenden Stadt Frankfurt am Main.

**Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen** sind auch und gerade in Krisenzeiten, wie z.B. der Corona-Pandemie, unverzichtbare Orte der Diversität, der außerschulischen Bildung, der Demokratiebildung, der kulturellen Teilhabe, der Freizeitgestaltung, der Innovation, der individuellen Beratung und Unterstützung sowie der Gleichberechtigung aller Besucher\*innen. Sie sind seit Jahrzehnten ein fester und unentbehrlicher Baustein der Stadtgesellschaft und Beitrag zur Sicherung des sozialen Friedens in der Stadt.

Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit arbeiten mit den Schulen, mit Sportvereinen und zahlreichen weiteren Partner\*innen überwiegend stadtteilbezogen vernetzt zusammen und wirken den vielen Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen in unserer Stadt entgegen. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche, die in Frankfurt in Armut leben müssen und für die Kinder- oder Jugendhäuser oft ein zweites Zuhause sind. Die Einrichtungen tragen wesentlich zu einer Verbesserung der Lebensumstände von jungen Menschen und damit auch zur Erhaltung des so oft beschworenen sozialen Friedens in der Stadt bei.

Für den Frankfurter Jugendring

und

die beteiligten Träger der freien Jugendhilfe in der AG § 78 SGB VIII - Kinder- und  
Jugendarbeit

Christian Telschow  
Vorstandsmitglied Frankfurter Jugendring  
geschaefsstelle@frankfurterjugendring.de  
069 56000-10  
0151 67 20 10 77  
[www.frankfurterjugendring.de](http://www.frankfurterjugendring.de)

01.03.2021

## **Frankfurter Jugendring**

Der Frankfurter Jugendring ist der Dachverband von 29 Jugendverbänden in Frankfurt am Main, die zusammengenommen u.a. das größte Angebot von Freizeit- und Ferienangeboten für junge Menschen in der Stadt vorhalten. Die Verbände weisen einen hohen Grad an Diversität auf und sind verwurzelt in Sport, Pfadfindertum, religiösen und säkularen Weltanschauungen, Umweltschutz, Friedensarbeit, Migration, der Vertretung von Arbeitnehmer\*inneninteressen, Kinderrechten, Vielfalt sexueller Orientierungen und Identitäten, kultureller Traditionen, Rettungsdiensten und, und, und... Diese Mischung macht den Frankfurter Jugendring einzigartig.

Der konstante Dialog, die gemeinsame Arbeit und die gemeinsamen Interessen bieten den Zusammenhalt unter den Jugendverbänden und weiteren Mitgliedern wie z. B. dem StadtSchüler\*innenRat. Der Kern der Arbeit seiner Mitglieder ist das Bestreben, Kindern und Jugendlichen Lern- und Entfaltungsorte jenseits von Schule und Familie anzubieten. Junge Frankfurter\*innen werden darin unterstützt, sich zu selbstbewussten und demokratischen Individuen zu entwickeln, damit sie später imstande sind Verantwortung für sich und die Gesellschaft, in der sie leben, zu übernehmen.

## **Freie Träger der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**

§ 78 SGB VIII lautet: „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen die Bildung von Arbeitsgemeinschaften anstreben, in denen neben ihnen die anerkannten Träger der freien Jugendhilfe sowie die Träger geförderter Maßnahmen vertreten sind. In den Arbeitsgemeinschaften soll darauf hingewirkt werden, dass die geplanten Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden und sich gegenseitig ergänzen.“

In Frankfurt haben sich freie Träger zu sogenannten Trägergruppen zusammengeschlossen, in denen sie ihre Interessen u.a. in der AG § 78 Kinder- und Jugendarbeit vertreten.

Die AG Protest wurde im Januar 2019 als Unter-Arbeitsgruppe der freien Träger der AG § 78 SGB VIII Kinder- und Jugendarbeit gegründet, Sie organisiert den öffentlichen Protest gegen die Unterfinanzierung der Einrichtungen und die mangelhafte Jugendhilfeplanung für das Fachfeld sowie die Ungleichbehandlung der Träger trotz einheitlicher Qualitätsstandards.

# Factsheet zu den Protesten der freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit

für die: **Auskömmliche Finanzierung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit**  
**Erarbeitung eines Masterplans (Teil der Jugendhilfeplanung) für dieses Fachfeld**

und gegen: **Wiederholtes Ausbleiben der Übernahme erfolgter Kostensteigerungen**

## **Finanzierungssituation in der Offenen Kinder und Jugendarbeit**

Die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in Frankfurt leisten seit vielen Jahrzehnten einen wichtigen und unverzichtbaren Beitrag zu Demokratie, Bildung, Erziehung und kultureller Teilhabe für Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien in Frankfurt.

Die freien Träger, die im Auftrag der Stadt Angebote in der Jugendarbeit umsetzen, sind auf auskömmliche Zuschüsse der Stadt Frankfurt angewiesen. Die Ausgaben für die Träger steigen stetig. Erstmals seit 5 Jahren erfolgte in 2020 eine Zuschusserhöhung. Diese deckt die Personalkostensteigerung des laufenden Jahres, nicht aber die der vergangenen Jahre. Faktisch bedeutet das einen weiter fortschreitenden Zuschussabbau, wenn auch verlangsamt. Die tarifbedingten Personalkostensteigerungen beliefen sich bis Ende 2019 auf 1,96 Mio. €, hinzukommen steigende Mieten und Mietnebenkosten, höhere Sachkosten und neue Herausforderungen für die OKJA durch die wachsende Stadt. Es fehlen inzwischen ca. 28 Vollzeitstellen.

Die Koalitionsparteien im Römer haben in ihrem Koalitionsvertrag bekundet, die freien Träger durch Anpassung der Leistungen zu unterstützen und die OKJA in Frankfurt auszubauen. Da dies nur unzureichend umgesetzt wurde, werden die Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit durch steigende Kosten faktisch gesenkt. Dies hat eine Reduzierung der Angebote, des Personals und der Öffnungszeiten zur Folge.

Die freien Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit haben sich zusammengeslossen, um dieser Entwicklung entgegenzutreten und gemeinsam eine ausreichende Finanzierung der Arbeit zugunsten der Kinder und Jugendlichen in Frankfurt zu erwirken.

## **Zeitleiste – was bisher geschah**

### **Mai 2016 – Koalitionsvertrag (Zeile 751)**

*„Wir werden im Verlaufe der Wahlperiode dafür sorgen, dass sich die Tariferhöhungen in den Leistungen an die Träger wiederfinden.“*

30.08.2018 Der Jugendhilfeausschuss stellen einen Antrag auf zusätzliche Haushaltsmittel für einen rückwirkenden Ausgleich der Tarifsteigerungen seit 2015 in Höhe von 1,96 Mio.€ und auf Aufstockung der Stellen in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit um 15 Vollzeitäquivalente.

28.02.2019 Durch den Etatantrag E 24, wird der Antrag des JHA nicht berücksichtigt, das Anliegen wird auf „Prüfen“ gesetzt.  
Die freien Träger in der AG § 78 SGB VIII „Kinder- und Jugendarbeit“ gründen die Unter-AG „Protest“. An allen Sitzungsterminen der Stadtverordnetenversammlung finden Aktionen, Kundgebungen und Demonstrationen statt Die Social Media Kampagne #tag\_der\_geschlossenen\_tuer ist die begleitende Plattform der Jugendlichen.

08.04.2019 Auf Antrag des Fachausschusses Kinder- und Jugendförderung beschließt der JHA die Aussetzung der Richtlinien für die OKJA.

17.06.2019 Vertreter\*innen der freien Träger bitten seitdem ihre Ortsbeiräte regelmäßig um Unterstützung. Viele Ortsbeiräte wenden sich diesbezüglich an den Magistrat.

30.09.2019 Auf die Anfrage der Ortsbeiräte reagiert der Magistrat und verweist auf den Etatantrag E 24, die Förderung sei zu prüfen. Außerdem wird auf die Zuständigkeit des JHA in dieser Angelegenheit verwiesen.

04.11.2019 Die Dezernentin Frau Dr. Birkenfeld informiert die freien Träger der OKJA, dass sich der Magistrat auf eine Anhebung der Zuschüsse in 2020

und 2021 in Höhe von jeweils 3% geeinigt habe. Zudem sei eine Einmalzahlung aus Restmitteln geplant. Diese Mittel decken jedoch die tarifbedingten Personalkostensteigerungen der letzten Jahre nicht, was letztlich einem Zuschussabbau gleichkommt.

07.11.2019 Kinder und Jugendliche, Mitarbeiter\*innen, Trägervertreter\*innen und Unterstützer\*innen ziehen beim **1. Walk of Youth** vom Jugend- und Sozialamt zum Sozialdezernat und anschließend auf den Römerberg. Die Proteste werden fortgesetzt.

27.02.2020 Beim **2. Walk of Youth** haben wir unseren Forderungen Nachdruck verliehen, laut und bunt, auf der Demostrecke und bei der Kundgebung auf dem Römer.

26.03.2020 Die Stadtverordnetenversammlung beschließt ab 2020 eine Zuschusserhöhung. Diese Zuschusserhöhung deckt nicht die gestiegenen Kosten der letzten 5 Jahre.

10.12.2020 Erster Stiller Protest mit 60 bunt gestalteten „Protest-Kartons“; coronakonform auf dem Römerberg und auf Social-media

### **Bisherige Erfolge**

- Noch in 2019 hat es einen einmaligen Zuschuss für Investitionen und Veranstaltungen für alle Einrichtungen gegeben
- Die Stadtverordneten beschließen ab 2020 eine Zuschusserhöhung, die jedoch nicht die gestiegenen Kosten der letzten Jahre auffängt.
- Zur Erarbeitung eines neuen Finanzierungsmodells wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in der drei Vertreter\*innen unterschiedlicher Trägergruppen der AG § 78 SGB VIII mitarbeiten
- Restmittel aus 2020 werden in einem Digitalisierungstopf zusammengefasst und an die Einrichtungen verteilt
- Hohe öffentliche Präsenz der Proteste
- Gesprächsangebote hochrangiger kommunaler Funktionsträger

## **Unsere Forderungen**

- Vollumfängliche Umsetzung des Koalitionsvertrages – pacta sunt servanda!
- Eine auskömmliche Finanzierung der Offenen Kinder und Jugendarbeit in Frankfurt
- Gleichbehandlung aller Träger desselben Arbeitsfeldes
- Nachträglicher Ausgleich der ausgebliebenen Tarifkostenanpassungen bei den betroffenen Trägern
- Zuschusssteigerung um 3,1 Prozent auf den gesamten, rückwirkend angehobenen Zuschuss
- Zusätzliche Mittel für die Liegenschaften / notwendige Renovierungsmaßnahmen
- Aufstockung der Vollzeitäquivalente um 28 Stellen aufgrund der stetig steigenden Zahl junger Menschen in der wachsenden Stadt